

A photograph of a wooden-framed sign on a desk. The sign contains a German quote. To the right of the sign is a white telephone with a coiled cord. In the background, there is a green plant and some office supplies.

Wie wir
ohne Ketten
geboren sind,
so wünschen wir
ohne Zwang
zu leben!

Ingrid Remmers

für DIE LINKE. NRW im Bundestag

zum Titelbild:

Das Bild zeigt ein "altes Familienerbstück", das mir liebe Genossinnen und Genossen zur Einweihung meines Ahlener Büros schenkten. Die Kachel hatte jahrelang in der Küche der Familie gehangen und sollte mich nun nach Berlin begleiten.

Seitdem steht sie in meinem Berliner Arbeitszimmer.

Klar, vordergründig ist da natürlich das Zitat vom alten Fritz. Doch da ist noch mehr: Jene GenossInnen, ehemalige DKPler, schenkten mir dieses Teil, weil sie sich freuten und Hoffnung mit der Entwicklung einer starken LINKEN Kraft verbinden. So mahnt mich der Blick auf diese Kachel, niemals die Verantwortung zu vergessen, die ich übernommen habe.

Wir kämpfen nicht um des Kämpfens willen - wir streiten für einen demokratischen Sozialismus!

Inhaltsverzeichnis

Petitionen.....	4	Umfairteilen.....	16
Im Ausschuss.....	6	Warendorf.....	18
Meine Woche im Bundestag.....	9	Fracking verbieten.....	20
Kommunalpolitik.....	11	Courage gegen Rechts.....	22
Gelsenkirchen.....	12	Kurdistan.....	24
Arbeitskämpfe.....	14	Mein Team.....	26

Bildnachweis:

- S. 4, 5, © Deutscher Bundestag / Marco Urban
S. 6, © Deutscher Bundestag / Studio Kohlmeier
S. 19, German LUNA unmanned aerial vehicle, 2005-07-16
in Koblenz by Owly K (CC BY-SA 3.0), Wikipedia
S. 20, Krumme Grafschaft@panoramio.com

V.i.S.d.P.:

Ingrid Remmers, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin



LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

als LINKE stehe ich für mehr direkte demokratische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Gesetzgebung. Das tut besonders not in einer Zeit, in der die Demokratie den kapitalistischen, aber auch den politischen Eliten ein Dorn im Auge ist.

Afghanistan, die Rente mit 67 und die Verweigerung eines Mindestlohns – alles Beschlüsse, die gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchgesetzt werden.

Dabei ist der Petitionsausschuss nicht nur ein Instrument direkter Demokratie, er ist auch Seismograf für die gesellschaftliche Stimmung.

Vor allem aber zeigt er, welche tatsächlichen Auswirkungen beschlossene Gesetze im Einzelfall haben und ermöglicht oft die direkte Hilfe. So sie denn politisch gewollt ist.



PETITIONEN

DER DIREKTE DRAHT IN DEN BUNDESTAG

Grundgesetz Art. 17: Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Als Abgeordnete kann ich in konkreten Einzelfällen hochrangige VertreterInnen der Ministerien zu sogenannten BerichterstatterInnengesprächen laden, um unangenehme Fragen zu stellen und individuelle Lösungen zu finden.

Auf diese Weise konnten wir manche Ausweisung von Asylbewerber-Familien nach dem Dublin-II-Verfahren in letzter Minute verhindern. Oder wie aktuell vor Weihnachten einer alten Dame helfen, einen Knebel-Kredit loszuwerden, der ihr von gierigen Bank-Beratern für den Kauf einer Schrottimobilie angedreht wurde und sie zum Sozialfall gemacht hat.

Spannend wird es in der letzten Januarwoche: Hier wird es ein BerichterstatterInnengespräch mit dem Direktor des Bundestages und dem Vorsitzenden der Inneren Kommission zum Thema schlechte Arbeitsbedingungen und Hungerlöhne im Deutschen Bundestag geben. Hintergrund sind die ausgelagerten Dienstleistungen für den Bundestag. Die externen Dienstleister für Fahrdienste, Catering, Garderobe, Sicherheit usw. gewinnen die Ausschreibungen fast immer auf Kosten der Beschäftigten – das muss aufhören!



PETITIONEN ALS INSTRUMENT ZIVILGESELLSCHAFTLICHER LOBBYARBEIT

Besonders interessant ist die Entwicklung der Öffentlichen Petitionen. Die Möglichkeit im Internet die Anliegen anderer durch Mitzeichnung zu unterstützen hat sich inzwischen zu einem handfesten „Instrument zivilgesellschaftlicher Lobbyarbeit“, wie ich es nenne, gemausert. Dass nun auch zivilgesellschaftliche Gruppen ihre Forderungen an die Öffentlichkeit bringen können, obwohl sie nicht über die Finanzkraft von Lobbygruppen wie etwa Wirtschaftsverbände verfügen, ist der Bundesregierung ein Dorn im Auge. Damit ist nämlich der Petitionsausschuss zum wichtigen Anlaufpunkt sozialer Bewegungen geworden. Diese zwingen die Politik, sich mit Themen zu beschäftigen, die aus Sicht der Regierung möglichst wenig Aufmerksamkeit erregen sollten – Stichwort Finanztransaktionssteuer, Mindestlohn, Vorratsdatenspeicherung...

Um diese Entwicklung weiter voranzutreiben, habe ich im letzten Jahr einen Antrag eingebracht, der die Behandlung von solchen Massenpetitionen mit mehr als 100.000 Unterschriften im Plenum und in den Fachausschüssen einfordert. Aus meiner Sicht sind Themen mit so starker Unterstützung von großem öffentlichen Interesse. Die Bürgerinnen und Bürger sollten sie ins Parlament einbringen können. Das wäre ein echter Fortschritt für die direkte Demokratie.



IM AUSSCHUSS

AUS DER ARBEIT DES PETITIONSAUSSCHUSSES

HEBAMMEN

In Deutschland gibt es einige tausend freiberufliche Hebammen. Ihre Petition für verbesserte Arbeitsbedingungen und gegen eine völlig überteuerte Berufshaftpflichtversicherung haben mehr als 191.000 Menschen mitgezeichnet.

Das zeigt einerseits, dass Petitionen ein wichtiger Multiplikator für soziale Bewegungen sind. Andererseits zeigt das Beispiel aber auch noch etwas Wichtiges für uns als LINKE: Die enge Zusammenarbeit zwischen den PetentInnen, uns als LINKE im Petitionsausschuss, unseren gesundheitspolitischen GenossInnen und unseren Mitgliedern vor Ort hat dazu geführt, dass allein durch diese Petition tausende Hebammen und ihre UnterstützerInnen heute wissen, dass DIE LINKE ihr Anliegen parlamentarisch und außerparlamentarisch aktiv unterstützt hat. Eine Wirkung, die für uns nicht zu unterschätzen ist.

Ähnliches gilt übrigens für eine ganze Reihe Öffentlicher Petitionen. Und natürlich bleibe ich mit den InitiatorInnen wichtiger Petitionen in engem Kontakt und Sorge dafür,

dass unsere Positionen den Unterstützerinnen und Unterstützern vermittelt werden.

Damit erreiche ich bezogen auf die Öffentlichen Petitionen mehrere tausend, manchmal sogar hunderttausend Menschen.

Dabei darf man auch nicht vergessen, dass die Internet-Seite des Petitionsausschusses von über vier Millionen Menschen pro Monat aufgerufen wird; im Jahr 2011 gab es 38.360.000 Zugriffe auf die Seite. Und seit Oktober 2008 haben sich knapp 2 Millionen NutzerInnen registriert, die mehr oder weniger regelmäßig mit Kommentaren und Mitzeichnungen politisch aktiv sind. Einige Beispiele für echte BürgerInnenbeteiligung möchte ich euch im Folgenden konkret beschreiben. Schließlich ist die Wahrheit immer konkret. Da hier der Datenschutz gilt, kann ich nur anonymisiert über diese Fälle berichten.

ACTA

Das sogenannte ACTA-Abkommen wurde seit 2008 geheim zwischen vielen westlichen Industriestaaten verhandelt. Es sollte die bessere Durchsetzung von Urheber- und Patentrechten im Warenverkehr und auch im Internet regeln.

ACTA hätte auch eine Verpflichtung von Internet-Dienstleistern bedeutet, Kunden- und Kommunikationsdaten zu speichern und auf Nachfrage an Ermittlungsbehörden weiterzugeben. Außerdem wäre armen Ländern der Zugang zu billigem Saatgut und Medikamenten erschwert worden und vieles mehr. Dagegen bildete sich eine breite öffentliche Protestbewegung.

In Deutschland gab es eine Petition mit 61.705 UnterstützerInnen gegen die Ratifizierung von ACTA. In der öffentlichen Ausschusssitzung zu diesem Thema erklärte der parlamentarische Staatssekretär, dass die breite öffentliche Ablehnung in Deutschland und auch im Europäischen Parlament eine Ratifizierung von ACTA in der EU unmöglich mache. Mission erfüllt!

FINANZ- TRANSAKTIONSSTEUER

Die Bündelung zweier Steuern, nämlich der Börsenumsatzsteuer einerseits und der sogenannten „Tobin-Steuer“ andererseits. Die Börsenumsatzsteuer besteuert den Kauf- und Verkauf unterschiedlicher Wertpapiere an Börsen. Die Tobin-Steuer ist eine Besteuerung von Umsätzen auf Devisenmärkten.

Die Finanztransaktionssteuer - Alle wollen sie, aber keiner macht`s. So kann man das endlose Lavieren bezüglich einer umfassenden Finanztransaktionssteuer beschreiben. Schon im November 2009 wurde eine Petition eingereicht, die auf Anhieb von 66.608 Menschen unterstützt wurde. In der öffentlichen Ausschusssitzung bekannten sich viele RegierungsvertreterInnen zu der Forderung. Die Petition wurde dennoch nicht an die Regierung überwiesen. Ein handfester Skandal, den ich mit einer Pressemitteilung publik gemacht habe. Hier wird es noch politischen Kampf von allen Seiten bedürfen bis die Krisenverursacher endlich zur Kasse gebeten werden.



GEMA

Die GEMA soll eigentlich dafür sorgen, dass KomponistInnen und TexterInnen für die Rechte an ihren Musikstücken entlohnt werden, wenn diese Lieder live oder von der (Fest-) Platte öffentlich gespielt werden. Eigentlich...

Lange bevor die Gebührenerhöhung der GEMA im Sommer 2012 Schlagzeilen machte, hatten wir schon drei Massenpetitionen gegen GEMA-Praktiken mit insgesamt 110.472 Mitzeichnenden auf dem Tisch. Nicht nur VeranstalterInnen, sondern auch Musikschaffende beschwerten sich über Abrechnung, Mitspracherechte und die Inkassopraxis der GEMA.

Aufgrund der hartnäckigen Untätigkeit der Bundesregierung habe ich ein Kleine Anfrage gestellt, die Licht ins Dunkel bringt. Das Deutsche Patent- und Markenamt (DPMA) ist die staatlichen Aufsichtsbehörde für Verwertungsgesellschaften wie die GEMA und elf weiteren für die Bereiche Wort, Bild, Film und Fernsehen. Laut Bundesregierung gab es dort nur 323 Beschwerden über die GEMA in den letzten zehn Jahren. Auf die Frage, wie mit den Beschwerden umgegangen wurde, antwortete die Bundesregierung, dass das DPMA keine Statistik zu Beschwerdegründen, eigenen Beanstandungen und Verwicklung der GEMA in Gerichtsverfahren führt.

Sieht so staatliche Aufsicht aus? Offensichtlich ja, wenn nur insgesamt 16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim DPMA alle deutschen Verwertungsgesellschaften beaufsichtigen. Dabei muss man wissen, dass die GEMA 2012 Erträge von über 913 Mio. € erzielt hat und ihre Vorstände Jahresgehälter von mehreren hunderttausend Euro einstreichen.

Zum Stand der Umsetzung der Empfehlungen der Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“ weicht die Bundesregierung aus. Da heißt es „so weit die Bundesregierung gesetzgeberischen Handlungsbedarf sieht, wird sie entsprechende Regelungsvorschläge präsentieren.“ Toll, wenn man bedenkt, dass die Empfehlungen der Kommission aus dem Jahr 2007 stammen.



MEINE WOCHE IM BUNDESTAG

Häufig beginnt meine Sitzungswoche schon am Sonntag, wenn ich nach der Anreise aus Bochum beginne, die Petitionsunterlagen zur anstehenden Ausschusssitzung durchzuarbeiten. Dafür muss ich die ca. 35 Petitionsakten gründlich lesen, um mir ein entsprechendes Bild für meine Voten zu machen. Genauso wichtig ist aber die Vorbereitung der Arbeitsgruppen, Arbeitskreise, Fraktionssitzung und sonstigen Gremien durch die Bearbeitung der schon vorbereiteten Mappen, die jede Sitzungswoche von links nach rechts nach Wochentagen geordnet meinen Schreibtisch bedecken.

Montag

Auch der Montagvormittag ist der Vorbereitung gewidmet. Mittags findet unsere Arbeitsgruppensitzung zum Petitionsausschuss statt, in der wir uns zu unseren Voten verständigen. Im Anschluss führen wir unsere wöchentliche Bürobesprechung durch. In regelmäßigen Abständen tagt am Montagnachmittag auch der Eisenbahninfrastrukturbeirat der Bundesnetzagentur, in dem ich unsere Fraktion vertrete. An den Abenden gibt es eigentlich die gesamte Woche hindurch Einladungen zu Parlamentarischen Aben-

den, von Lobbyisten, Vereinen, Verbänden und Nichtregierungsorganisationen. Ich wähle natürlich sehr gezielt aus, welche dieser Einladungen ich annehme ;-).

Dienstag

Dienstags tagen die meisten fraktionsinternen Arbeitsgruppen. Der Petitionsausschuss gehört zum Arbeitskreis I. Hier werden alle Themen zu Verbraucherschutz, Stadtentwicklung, Verkehrs- und Kommunalpolitik, Haushalt, Ostdeutschland, Landwirtschaft, Petitionen, Tourismus und Sport behandelt.

Am Nachmittag tagen die Fraktionen. Gemeinsam wird der politische Kurs für die Woche besprochen, Vorentscheidungen zu Gesetzesvorhaben getroffen, Anträge und Einwände beraten und somit die Marschrichtung für das Auftreten in den Ausschüssen festgelegt. Und natürlich tauschen wir uns über die aktuelle politische Lage aus. Zwischen diesen Terminen tagen mittags oft noch das Frauenplenum oder der Fraktionsverein. Am Abend findet das Obleutegespräch statt. Als Obfrau bin ich für den Petitionsausschuss



Hauptansprechpartnerin der Fraktion. Ich vertrete unsere Positionen, formuliere unsere Interessen und bringe festgefahrene Vorhaben wieder in Gang. Mit den Obleuten der anderen Fraktionen besprechen wir die Tagesordnung des Ausschusses, planen die Berichterstattergespräche und Ortstermine, sowie die Ausschussreisen.

Mittwoch

Der Mittwoch steht ganz im Zeichen der Ausschussarbeit. Für mich ist das natürlich die Arbeit im Petitionsausschuss. Zusätzlich bin ich aber auch stellvertretendes Mitglied im Ausschuss Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Hier vertrete ich die Genossin Heidrun Bluhm im Bereich Bauen, Wohnen,

Stadtentwicklung. Am frühen Nachmittag beginnen im Plenum die Regierungsbefragung, Fragestunde, ggf. aktuelle Stunde und hier tagt dann noch die Arbeitsgruppe Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Danach geht's ins Büro, zu Berichterstattergesprächen, Fachgesprächen oder was sonst so anliegt.

Donnerstag

Der Donnerstag ist Plenumstag. Das Plenum beginnt um 9 Uhr und dauert manchmal bis in die Nachtstunden hinein. Mittags treffe ich mich mit den Mitgliedern unserer Arbeitsgruppe Kommunalpolitik. Als eine der SprecherInnen der LAG vertrete ich hier die NRW-Perspektive und bringe unsere Erfahrun-

gen vor Ort mit ein. An Donnerstagen habe ich auch häufig Schriftführung. Dies ist ein Ehrenamt, in dem wir SchriftführerInnen einmal wöchentlich für jeweils 2 Stunden neben dem Bundestagspräsidenten oder seinen VizepräsidentInnen diese bei der Sitzungsleitung des Plenums unterstützen.

Freitag

Auch der Freitag ist ab 9 Uhr Plenumstag. Zwischendurch führe ich mit meinem Gesamtteam unsere wöchentliche Telefonkonferenz durch. Am Nachmittag geht's endlich nach Hause. Je früher desto besser, weil nicht selten abends und am Wochenende Veranstaltungen, Aktionen, Demos in NRW anstehen.

Aber das wisst ihr ja.

KOMMUNALPOLITIK

POLITIK FÜR DIE MENSCHEN VOR ORT

Rund 5 000 Gesetze und 185 000 Rechtsvorschriften gibt es in Deutschland. Etwa 80 Prozent müssen von den Kommunen ausgeführt werden. Keine andere Ebene sammelt so viele Erfahrungen im Gesetzesvollzug wie die Kommunen.

So bin ich zu Beginn der Legislaturperiode sofort Mitglied der AG Kommunalpolitik in unserer Bundestagsfraktion geworden, um die konkrete Politik vor Ort nicht aus den Augen zu verlieren. Unser erster Antrag forderte die Einsetzung eines Ausschusses ausschließlich für kommunale Angelegenheiten, damit die Städte und Gemeinden auch hier in Berlin ein Mitspracherecht haben. Das Ergebnis der von uns angestoßenen Debatte kennt ihr: Ein weitestgehend unwillig arbeitender Unterausschuss Kommunalpolitik ohne eigenes Selbstbefassungsrecht. Weitere fünfzehn Anträge zu kommunalen Themen gab es in dieser Legislaturperiode. Unter anderem forderten wir eine Verbesserung der Steuereinnahmen für die Kommunen durch eine Gemeindegewerbesteuer, die Nicht-Anrechnung kommunaler Mandatsträgerbezüge auf das ALG-II, das Ende von ÖPP-Projekten und eine Rekommunalisierung von öffentlicher Infrastruktur.

Damit ein echter Austausch zwischen Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik stattfinden kann, habe ich auch die Gründung einer Landesarbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik in NRW mit vorangetrieben. Unsere kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sollen zusätzlich zu ihrem eigenen Engagement eine Möglichkeit für Vernetzung und inhaltlichen Input bekommen. Deswegen wird es auch in Zukunft regelmäßig Rundmails aus meinem Büro mit Informationen, Muster-Anfragen und Muster-Presseerklärungen zu kommunalen Themen geben, die von unseren Mandatsträgerinnen und -trägern für die politische Arbeit genutzt werden können. Das momentane Fehlen einer Landtagsfraktion kann meiner Meinung nach nur eins bedeuten: wir müssen auf kommunaler Ebene den Menschen zeigen, dass wir konkret Politik machen können ohne unsere politischen Grundwerte aufzugeben – dafür möchte ich im Bundestag auch weiterhin kämpfen.



MEIN WAHLKREIS:

GELSENKIRCHEN

Gelsenkirchen im Herzen des Ruhrgebiets ist eine vom Strukturwandel gebeutelte Stadt mit großen sozialen Problemen und einer starken Arbeitertradition.

Eine "rote" Stadt

Gelsenkirchen ist SPD Land. Seit Gründung der Republik gab es eine einzige Kommunalwahl, bei der die CDU vorne lag: 1999 mit einem Vorsprung von 0,3%. 14 Mal lag die SPD vorne. Bei 10 Kommunalwahlen gar (teils deutlich) über 50%.

Das wirklich Linke Lager in Gelsenkirchen ist groß, bunt, zersplittert und in Wahlergebnissen unscheinbar. Da ist es kein Zufall, dass die Lokalpresse über jede Sitzung der SPD und der Jusos berichtet, DIE LINKE (und andere) aber wenn überhaupt, dann meist nur am Rande erwähnt. Der Bericht über meine Direktkandidatur war da ein echter Lichtblick.

Machen wir daraus eine LINKE Stadt!

Den Schwerpunkt der Arbeit soll man dorthin legen, wo am meisten zu tun ist. Ich habe mich entschieden, mein Gewicht als Bundestagsabgeordnete voll in die Waagschale zu werfen, um gemeinsam mit dem Kreisverband in Gelsenkirchen das Ruder herumzureißen. Wenn wir es schaffen, bei den lokalen Akteuren und in der Öffentlichkeit durchzudringen, starke LINKE Politik mit Strahlkraft und Überzeugung zu machen und einen möglichst großen Teil des linken Spektrums an uns zu binden, können wir auch unser großes Wählerpotential in Gelsenkirchen ausschöpfen. Gelsenkirchen braucht dringend eine starke LINKE Stimme.

Den Letzten beißen die Hunde: Der späte Strukturwandel

Gelsenkirchen blieb länger als andere Ruhrgebietsstädte vom Strukturwandel „verschont“. Die Zechen, Kokereien und Stahlwerke liefen länger. Inzwischen ist der Strukturwandel mit voller Wucht angekommen. Die Marktlücken sind von den umliegenden Städten, die es zuerst getroffen hat, aber bereits gut besetzt, die Fördergelder zum größten Teil verbraucht. Arbeitslosigkeit, Armut, Schulden: Gelsenkirchen belegt in den Statistiken oft die schlechtesten Plätze.



Zu den Menschen gehen, die Menschen zu uns holen

Ich habe viele gute Erfahrungen damit gemacht, in Gelsenkirchen auf die Menschen zuzugehen. Wir setzen uns in Zusammenarbeit mit dem MieterInnenverein und MieterInneninitiativen für gute Wohnbedingungen ein, sind in engem Kontakt mit verschiedenen Gewerkschaften und Betriebsräten; ich besuche Schulen beim jährlichen Vorlesefest und habe gemeinsam mit ehemaligen Bergleuten Zechenerde aus der Zeche Consolidation für ein Konzeptkunstwerk in den Bundestag gebracht.

Auch wenn wir einladen, ist die Resonanz gut. Wir hatten z.B. eine Fraktion vor Ort zum Thema „Tatort Niedriglohn“ mit über 100 TeilnehmerInnen und eine gut besuchte Veranstaltung zu „Wirtschaftsdemokratie und soziale Gerechtigkeit“. Dazu die regelmäßigen Termine: Wöchentliche Hartz-IV-Beratungen, monatliche Mitgliederversammlungen und unsere Feste Neujahrempfang, Sommerfest und Jahresendfeier, die sich zu beliebten Treffen der örtlichen Linken entwickeln. Weitere Aktionen sind in Planung, lasst euch überraschen!



ARBEITSKÄMPFE

RADIKAL UND REALISTISCH

Das ist ein wesentliches Thema meiner Arbeit in Gelsenkirchen. Scheuten

Solar, Vaillant, Schalker Eisenhütte, TRW Automotive... auch die angekündigte Opel Schließung in Bochum betrifft Gelsenkirchen direkt mit 140 Arbeitsplätzen, plus gefährdete Zulieferer. Die Stadt droht eine Unternehmensansiedlung nach der anderen zu verlieren.



Strukturwandel und Krise

Das hat etwas mit dem Strukturwandel zu tun, aber auch z.B. mit den Streichungen bei der Solarförderung, die die „Solarstadt Gelsenkirchen“ hart treffen. Die Eurokrise mit dem Zusammenbrechen der Märkte in Südeuropa ist für die exportorientierte deutsche Industrie eine weitere Belastung.

Menschenverachtende Unternehmenspolitik

Trotzdem sind die Auftragsbücher meist voll und fast sämtliche Betriebe, die in letzter Zeit in Gelsenkirchen Entlassungen angekündigt haben, schreiben gleichzeitig schwarze Zahlen. Offensichtlich ist die Finanzkrise als Ursache in vielen Fällen nur vorgeschoben. Vielmehr sind es Fehler des Managements und kurzsichtige Renditemaximierung, die die Beschäftigten ausbaden müssen. Schlimmer noch: Mehrere Unternehmen haben bei früheren Verhandlungen Lohnkürzungen, unbezahlte Mehrarbeit und dergleichen durchgesetzt.



Das Notwendige nutzen

Die Arbeiter haben sich darauf eingelassen und sogar eigene Vorschläge zur Sanierung der Unternehmen eingebracht. Jetzt werden diese gleichen Menschen, die sich im Vertrauen auf die Zusagen der Geschäftsführer derart haben ausbeuten lassen, ohne objektive Notwendigkeit gefeuert.

Menschenverachtende Profitmaximierung, reinster Kapitalismus. Da überkommt einen ein Gefühl hilfloser Wut. Aber hilflos darf diese Wut nicht bleiben, will man die betroffenen Menschen nicht im Stich lassen. So stehe ich gemeinsam mit dem Gelsenkirchener Kreisverband und den Gewerkschaften solidarisch an der Seite der Beschäftigten und versuche zu retten, was zu retten ist.

Auch wenn vieles nicht der objektiven Notwendigkeit, sondern der Gier und der Dummheit geschuldet ist: Letztendlich steht der Strukturwandel an, auch und gerade in Gelsenkirchen. Dass alles so bleiben soll wie es ist, war noch nie LINKE Perspektive. Also müssen neue Ideen her. Wie kann, wie darf, wie soll die Zukunft Gelsenkirchens und des Ruhrgebiets aussehen? Wie schaffen wir es, den notwendigen und wünschenswerten Wandel so zu organisieren, dass alle davon profitieren, dass niemand zurückbleibt und die Entwicklung auch ökologisch nachhaltig ist? Um darüber zu sprechen und Ideen zu entwickeln, gemeinsam mit den Akteuren vor Ort, führe ich im kommenden März eine Plan B Konferenz zum Sozial-Ökologischen Umbau in Gelsenkirchen durch. Unter dem Motto: „Wenn so Plan A aussieht, reden wir über Plan B!“



UMFAIRTEILEN

WIR ZAHLEN NICHT FÜR EURE KRISE

LINKE Politik macht noch mehr Spaß mit anderen gemeinsam. Deswegen habe ich in Bochum die Großdemonstration des UmFAIRteilen-Bündnisses mit begleitet. Es war ein voller Erfolg und diese Kampagne muss weitergehen, damit es endlich eine gerechte Besteuerung von hohen und sehr hohen Einkommen und Vermögen gibt. Was nützt der Reichtum Deutschlands auf dem Papier, wenn trotzdem Schulen verrotten, Bildung und Kultur kaputtgespart werden und viele Menschen sich nur noch das Nötigste leisten können?

Geld kann man nicht essen, es heizt keine Wohnung und bringt niemanden von A nach B. Geld muss so eingesetzt werden, dass für die Menschen ein Wert oder Nutzen entsteht und tatsächlich etwas produziert wird. Ansonsten macht Wirtschaftswachstum und Vermehrung des „Wohlstands“ keinen Sinn. Im Gegenteil – es ist eine Gefahr für die Gesamtwirtschaft, wenn breite Bevölkerungsschichten sich nichts mehr leisten können. Dann kann nämlich auch kein Produzent mehr etwas im Inland verkaufen. Die Besteuerung von hohem Vermögen ist deswegen nicht nur eine moralische Frage, sondern eine ökonomische.



Wenn große Vermögen aufgrund der höheren Profite in Immobilien oder Rohstoffen angelegt werden (wo sie dann Finanzkrisen auslösen, weil so Preisblasen entstehen, die platzen können...), wird nicht in Unternehmen oder Infrastruktur investiert. Dann kann es auch kein nachhaltiges Wachstum geben, von dem wiederum auch die Beschäftigten profitieren. Das Versprechen der frühen Bundesrepublik, alle am wachsenden Wohlstand teilhaben zu lassen, ist vom neoliberalen Parteienkartell – und nicht zuletzt der SPD – aufgegeben worden.

Das Ergebnis ist eine Wirtschaftskrise, die das friedliche Zusammenleben in Europa bedroht.

Umverteilung ist volkswirtschaftlich vernünftig. Deswegen brauchen wir eine Vermögenssteuer, eine einmalige Vermögensabgabe und eine konsequente Verfolgung von Steuerflüchtlings – UmFAIRteilen eben.



Vor der Demo heißt es Menschen zu mobilisieren.



WARENDORF

ROTE FLECKEN IM SCHWARZEN MÜNSTERLAND

Meinen "Zweitwahlkreis" habe ich im Münsterland, genauer in Ahlen im Flächenkreis Warendorf, angesiedelt. Aus meiner Zeit als stellvertretende Landessprecherin der LINKEN NRW und zuständig für diesen Kreis war ich den GenossInnen vor Ort bereits eng verbunden. Viel Porzellan war dort in früheren Jahren zerschlagen worden, so dass es damals wichtig war, die konstruktiven Kräfte zu stärken und bei der immens wichtigen Bündnisarbeit zu unterstützen.

Mit meinen monatlich stattfindenden BürgerInnensprechstunden stoße ich auf große Resonanz in der Bevölkerung und bei den ortsansässigen Interessengruppen. Viele der Anregungen aus den persönlichen Gesprächen nehme ich mit nach Berlin oder sie werden vom Kreisverband oder von Rats- oder Kreistagsfraktion aufgegriffen.

Außerdem besuche ich Einrichtungen der Jugendhilfe, Erwerbsloseninitiativen, Gewerkschaften und viele mehr.

Zum Beispiel konnte ich, durch einen Besuch in einer Unterkunft für Asylbewerber und einem darauf folgenden Gespräch mit der örtlichen Linksfraktion und dem zuständigen Dezernatsleiter, konkret zur Verbesserung der Unterkunftsbedingungen und der Einführung eines kostenlosen Deutschkurses beitragen.

DER KRIEG STARTET HIER

Der Kreis Warendorf kann mit seinen beiden Bundeswehrstandorten beispielhaft für die Neuausrichtung der Bundeswehr angesehen werden. Während in der Ahlener Westfalen-Kaserne die offensive Ausrichtung, hin zu einer weltweit agierenden Eingreiftruppe zur Durchsetzung deutscher Interessen zu beobachten ist, wird in der Warendorfer Sportschule ein Teil der fragwürdigen Strategie der Bundeswehr zur Rekrutierung von Jugendlichen durchgeführt.



Erst auf Nachfrage der Ahlener Linksfraktion gab das Bundesverteidigungsministerium die baldige Stationierung von unbemannten Flugsystemen, also Drohnen, in der Westfalen-Kaserne bekannt. Zuvor hatte sich eine Koalition aus CDU, Grünen, SPD, Freien Wählern, Bürgerlicher Mitte und Stadtverwaltung mächtig für den Erhalt des Bundeswehrstandorts ins Zeug gelegt. Doch seit der Ausbau der Kaserne und damit der Einzug eines Aufklärungsbataillons feststeht, sehen sich die unkritischen Bundeswehr-BefürworterInnen nicht mehr in der Verantwortung. Scheinbar will man am liebsten gar nicht wissen, was hinter den Kasernenmauern passiert. Gut, dass es vor Ort LINKE gibt, die das Thema aufgreifen und an die Öffentlichkeit bringen.

In Warendorf finden jährlich im Wechsel die Jugendsportevents BW-Beachen und BW-Olympix statt. Beiden gemein ist, dass dort Jugendliche durch Sport und Spaß völlig undifferenziert an den Soldatenberuf herangeführt werden sollen. Zusammen mit meinen GenossInnen vor Ort habe ich bereits seit Jahren auf diese "problematischen" Veranstaltungen hingewiesen. Das Foto zeigt eine Aktion in der Warendorfer Innenstadt im letzten Frühjahr.



FRACKING VERBIETEN!

HYDRAULIC FRACTURING,
oder kurz "Fracking", ist eine Methode, um bislang unerschlossene Erdgasvorkommen zu fördern. Die Technik birgt immense Gefahren für Mensch und Umwelt bei energiepolitisch geringem Nutzen.

Als Ende des Jahres 2010 die ersten Pläne der Firma ExxonMobil bekannt wurden, Erdgas aus tiefliegenden Gesteinsschichten unter Drensteinfurt im Kreis Warendorf und andernorts zu fördern, war dies eine Randmeldung. Doch dabei sollte es nicht bleiben. Weitere Firmen sahen die Möglichkeit, ihre sinkenden Förderraten zu stabilisieren und steckten klammheimlich die Claims in einer Gesamtgröße von über 18.000 m², also die Hälfte der Gesamtfläche NRWs, ab. Schnell war von einer „Goldgräber-Stimmung“ oder vom „Gasrausch“ in den Medien zu lesen.

Zusammen mit besorgten Bürgerinnen und Bürgern fragten wir weiter. Wir wollten wissen, was es mit der Technik auf sich hat, die bislang unerschlossene Erdgasvorkommen plötzlich in die Reichweite der Rohstoffindustrie verschob. Wir wurden fündig. In Berichten, vornehmlich aus den USA, wo die Technik bereits seit Jahren und in großem Umfang angewendet wird, sind zahlreiche Unfälle und Zwischenfälle dokumentiert.

In der Folge formierten sich an vielen Orten in NRW Fracking-GegnerInnen zu Bürgerinitiativen und machten den erdgasfördernden Firmen einen ersten Strich durch die Rechnung. Dabei wurde DIE LINKE zum wichtigen Partner der Bürgerinnen und Bürger.

Die NRW-Landesregierung und das Bundesumweltministerium gaben 2011, zum Höhepunkt der öffentlichen Diskussion, Gutachten zur Gefährlichkeit von Fracking in Auftrag. Nun, da diese vorliegen, scheinen sie zu hoffen, dass sich die öffentliche Aufmerksamkeit in Grenzen halten wird, wenn sie den Einsatz von Fracking unter Bedingungen genehmigen. Vielmehr versuchen besonders CDU und FDP die Potentiale dieser neuen Fördermethode in den Vordergrund zu stellen und sie auch noch zum Garanten für ein Gelingen der Energiewende zu stilisieren. Kleine Beruhigungspillen, wie das Ausklammern von Trinkwasserschutzgebieten oder die verbindliche Umweltverträglichkeitsprüfung, sollen die KritikerInnen bzw. für die Berichterstattung über die Kritiker klein halten. Und Sozialdemokraten und Grüne wissen, sie müssen ein wenig Opposition spielen, damit das Theater seinen Gang nimmt. Also fordern diese lauthals Fracking zu verbieten, sofern dabei giftige Chemikalien der Frack-



Flüssigkeit beigemischt werden. Dieser Halbsatz hat es in sich, denn die Konzerne haben bereits angekündigt auf die Beimischung toxischer Substanzen in Zukunft verzichten zu können. Doch macht dieses sogenannte „clean Fracking“ die Fördermethode keineswegs ungefährlich – geschweige denn, den Einsatz sinnvoll. In den letzten zwei Anti-Fracking-Jahren

führte ich in zahlreichen Kreisverbänden Informationsveranstaltungen durch, um über die Risikotechnologie aufzuklären und zu zeigen, dass wir diese für die zukünftige Energieversorgung nicht brauchen.

Wir, DIE LINKE, fordern eine ökologisch sinnvolle und sozial gerechte Energiepolitik. Fracking ist beides nicht.





COURAGE GEGEN RECHTS

Antifaschismus ist eine Grundhaltung der Partei DIE LINKE. Für uns bedeutet das: Zurückdrängen aller extrem rechten, rechtspopulistischen und rassistischen Ideologien, Parteien und Bewegungen; Bekämpfung aller althergebrachten und neuen Formen des Antisemitismus; die Auseinandersetzung mit Geschichtsrevisionismus und mit allen Ideologien, die von Ungleichwertigkeit der Menschen ausgehen; Pflege des politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Erbes der antifaschistischen Bewegung. (aus dem Erfurter Programm)

Einsatzkräfte lassen bei der Durchsetzung von Nazi-Demonstrationen oft jede Verhältnismäßigkeit der Mittel vermissen. Dabei werden für nur wenige hundert Nazis weiträumige Stadtbereiche abgesperrt, AnwohnerInnen und GegendemonstrantInnen mit massiven Einschränkungen, Überwachung und „in Gewahrsamnahme“ drangsaliert, während vermummte Rechtsextreme ihre GegnerInnen unbehelligt bedrohen, fotografieren und kaum verhohlen verfassungsfeindliche Propaganda betreiben.

Im Bundestag forderte ich daher in einer Aktuellen Stunde anlässlich meiner

Verhaftung bei einer Gegendemonstration, eine breite gesellschaftliche und politische Debatte darüber, wie wir künftig damit umgehen wollen, dass zugunsten der Grundrechte von Nazis die Grundrechte von Demokratinnen und Demokraten eingeschränkt werden.

In diesem Zusammenhang treibe ich derzeit auch die rechtliche Aufarbeitung der damaligen Vorkommnisse voran - stellvertretend für all jene, die an diesem und vielen anderen Tagen und Orten durch die Einsatzkräfte daran gehindert wurden Courage gegen Rechts zu zeigen.



Als parlamentarische Beobachterin steht man immer in der ersten Reihe bei Demonstrationen und versucht sicherzustellen, dass niemand zu Schaden, gleichzeitig die DemonstrantInnen aber zu ihrem Recht kommen.

Ein solcher Schlichtungsversuch (ich bat einen Beamten sein Knie aus dem Genick eines am Boden liegenden Nazigeigers zu entfernen) eskalierte in Münster derart, dass ich von einer Beamtin tödlich angegriffen und danach auf die Wache gebracht wurde.



Mein Ahlener Büro wurde mittlerweile drei Mal mit Steinen attackiert. Zu Schaden ist dabei niemand gekommen, da die Täter immer nur nachts agierten.

Trotzdem waren diese Angriffe Ausdruck einer immer dreister auftretenden Neonazi-Szene, die sich vor allem in Dortmund, Hamm und Ahlen organisiert.



KURDISTAN

Als Mustafa Kemal Atatürk Anfang des 19. Jahrhunderts das osmanische Reich siegreich bekämpfte, wurde dem kurdischen Volk, das ihn bei seinen Kämpfen unterstützte, ein eigener, unabhängiger Staat versprochen. Nach dem Ende des Befreiungskrieges wurden alle diese Versprechen jedoch revidiert. Bis heute kämpft die kurdische Bevölkerung in der Türkei und den angrenzenden Staaten, wie z.B. Syrien, Iran und Irak um ihre Eigenständigkeit und das Recht, ihre eigene Sprache und Kultur frei leben zu können.

Für mich als LINKE ist es selbstverständlich, gegen Unterdrückung und Ausgrenzung zu kämpfen. In den letzten Jahren hatte ich mehrfach Gelegenheit, mir jeweils auf Einladung unserer Schwesterpartei der BDP ‚Partei des Friedens und der Demokratie‘ (Baris ve Demokrasi Partisi) direkt vor Ort ein Bild von der aktuellen Situation machen zu können. So war ich im vorletzten Jahr als Teil einer europäischen Delegation zum Prozessauftakt gegen 150 von insgesamt mehreren Hundert AktivistInnen und politischen MandatsträgerInnen in Diyarbakir, im letzten Jahr als Wahlbeobachterin in Hâkari, nahe der iranischen Grenze.

Dabei konnte ich mich von den gravierenden Menschenrechtsverletzungen gegen die kurdische Bevölkerung überzeugen.

Das Unrecht, welches der kurdischen Bevölkerung angetan wird, zwingt die Menschen sich zu wehren. Neben den vielen politisch Aktiven werden selbst demokratisch gewählte VolksvertreterInnen, wie der Stadtteilbürgermeister von Diyarbakir, ohne Beweise und unter fadenscheinigen Gründen inhaftiert und jeglicher Rechte, wie das auf einen Anwalt, beraubt. Die PKK, die kurdische Arbeiterpartei, wird als Terrorgruppe gelistet. Ihr Gründer Abdullah Öcalan ist seit vielen Jahren inhaftiert und völlig isoliert.

Sozialdemokratische und sozialistische MandatsträgerInnen im Europaparlament haben bereits 1995 einen Antrag auf Ausschluss der Türkei wegen Verletzung der Menschenrechte gestellt – leider ohne Erfolg. Immer wieder versuchen die KurdInnen die Menschen in Europa auf ihre Misere aufmerksam zu machen. Im letzten Jahr sind insgesamt 700 Menschen in einen unbefristeten Hungerstreik getreten, um ihren Forderungen nach besseren Haftbedingungen für Öcalan und für ihre Rechte Ausdruck zu verleihen. Erst nach Intervention Öcalans (die Gespräche zwischen ihm und der türkischen Führung sind inzwischen wieder aufgenommen worden) wurde der Hungerstreik nach 68 Tagen eingestellt. Eine während des Streiks stattfindende Bustour durch zehn europäische Länder und 60 Städten unter dem Titel „Freiheit für Kurdistan – Freiheit für Öcalan“ erzielte immerhin eine gewisse öffentliche Aufmerksamkeit.

In der Vergangenheit drohte die Türkei sogar mit einem Einmarsch in Syrien unter dem Vorwand, die türkische Grenze vor syrischen Angriffen zu schützen - und die deutsche Regierung beschließt, dem NATO-Partner Türkei Patriot-Raketen zur Verfügung zu stellen. Längst fordern die türkischen Kurden keinen eigenen, unabhängigen Staat mehr, sondern nur noch die Anerkennung ihrer Ethnie mit allen dazuge-



hörigen Rechten, wie auch das Recht, sich in der eigenen Sprache vor Gericht verteidigen zu dürfen. Bis Ende der 1990er Jahre forderte der Kampf der kurdischen Bevölkerung bereits 30.000 Tote. Wie die türkische Regierung den Genozid an den Armeniern verneint, so verneint sie auch die Verfolgung und Benachteiligung ihrer kurdischen Bevölkerung. Es ist längst überfällig, dass die europäischen Regierungen, besonders die Bundesrepublik aber auch Länder wie Frankreich und Großbritannien, sich solidarisch mit den Forderungen der KurdInnen erklären. Besonders nach den aktuellen Geschehnissen in Paris, wo drei kurdische führende Aktivistinnen gezielt durch Kopfschüsse getötet wurden. Die Presse nennt sie „Terroristinnen“ – dabei haben sie sich nur gegen Unterdrückung und Diskriminierung gewehrt.

MEIN TEAM

GEMEINSAM FÜR DIE LINKE

Niemand kann alles alleine schaffen. Deswegen ist es wichtig, ein gutes Team an seiner Seite zu haben. Das habe ich und hier ist es:



Götz, Mitarbeiter im Wahlkreisbüro Gelsenkirchen

- geboren im Ruhrpott, kennt sich deswegen dort gut aus
- zuständig für die politische Kommunikation, Kontakte, Ideen
- findet die Themen auf den Straßen, die er jeden Tag auf dem Weg nach Gelsenkirchen benutzt
- fährt vorbildlicherweise Hybrid-Auto, mag Metal



**Bea
Büroleiterin Berlin**

- mehr als zwanzig Jahre Bundestags-Erfahrung
- deswegen zuständig für Sachfragen zum Deutschen Bundestag, Dokumentation, Termine, gute Atmosphäre im Büro
- kennt Bundestags-Geschichten und Informationen, die nicht im Internet stehen
- mag Kaffee, Facebook und Filme



Sven
Mitarbeiter im
WK Ahlen/WAF

- der rote Pate des Münsterlandes
- hasst Fracking
- mag linke Kommunalpolitik und kann ziemlich gut mit Einsen und Nullen umgehen, deswegen kümmert er sich auch um Webseite und Newsletter



Bruni, Mitarbeiterin
im Wahlkreisbüro
Gelsenkirchen

- Bochumer Urgestein, trotzdem fast jeden Tag im Wahlkreisbüro in Gelsenkirchen anzutreffen
- kennt die Strecke Gelsenkirchen - Berlin fast so gut wie Ingrid, weil sie alle Besuchergruppen nach Berlin organisiert
- hat das Ohr am Puls des Ruhrpotts
- mag Frankreich



Hannes
Mitarbeiter Berlin

- liest gern Geschichten aus dem wahren Leben, bearbeitet deswegen die Petitionsakten
- stellt der Regierung gern bohrende Fragen
- hat viel zu viel Papier auf dem Schreibtisch
- mag Reden schreiben und die Bundestags-Kantine



www.ingridremmers.de

Wahlkreisbüro Gelsenkirchen

Bismarckstr. 65

45881 Gelsenkirchen

Email: ingrid.remmers@wk.bundestag.de

Tel.: 02 09 / 38 65 19 90